

Internationaler Frauentag: Gleichstellung braucht Einfluss und Mitsprache

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW zum Internationalen Frauentag 2026

Der 8. März ist ein politischer Tag. Der Internationale Frauentag erinnert daran, dass Deutschland beim Thema Gleichstellung und politischer Partizipation von Frauen noch immer stagniert. Parlamente, kommunale Gremien und Parteien bilden die gesellschaftliche Vielfalt nicht ausreichend ab. Demokratie verliert an Qualität, wenn große Teile der Bevölkerung in Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert bleiben. Politische Beteiligung muss deshalb aktiv ermöglicht werden: Dazu gehören gezielte Förderung von Kandidaturen sowie Räume für politische Bildung und Vernetzung. Insbesondere die politische Repräsentation von Frauen mit internationaler Familiengeschichte ist bislang deutlich zu gering. Die Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration (ehemals „Integrationsräte“) sind beim Thema politische Repräsentation bereits auf einem guten Weg: ihr Frauenanteil beträgt 43%, wohingegen der Frauenanteil in den Stadträten in NRW bei durchschnittlich 33% liegt, bei 33,8% im Landtag NRW und bei 32,4% im Deutschen Bundestag.

Auch auf dem Arbeitsmarkt bestehen deutliche Unterschiede: Frauen verdienen laut statistischem Bundesamt in Deutschland weiterhin 16% weniger als Männer. Sie arbeiten aufgrund der Betreuung von Kindern und älteren Angehörigen häufiger in Teilzeit und werden seltener für Führungspositionen ausgewählt. Vergleicht man ausschließlich den Lohn auf gleichen Positionen, liegt der Unterschied noch immer bei 6%. Besonders hart trifft es Frauen mit internationaler Familiengeschichte, da sie zusätzlich von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind. Sie haben es schwerer zu Vorstellungsgesprächen eingeladen zu werden und stoßen häufiger auf Vorurteile.

Auch in den Führungsetagen deutscher Unternehmen zeigt sich ein strukturelles Ungleichgewicht. Frauen sind in Vorständen und Aufsichtsräten weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Empowerment bedeutet daher mehr als individuelle Motivation. Es braucht Strukturen, die Frauen den Zugang zu politischer Verantwortung und wirtschaftlicher Führung ermöglichen. Politische Bildung, Mentoring und stabile Netzwerke eröffnen Handlungsspielräume. Gleichzeitig müssen Institutionen ihre Auswahlverfahren, Förderprogramme und Entscheidungsprozesse überprüfen.

Der Landesintegrationsrat NRW fordert konkrete Veränderungen. Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Transparente Gehaltsstrukturen und verbindliche Maßnahmen gegen Lohndiskriminierung. Gezielte Strategien für mehr Frauen in Führungspositionen. Mehr politische Repräsentation von Frauen, auch von Frauen mit internationaler Familiengeschichte. „Gleichstellung entsteht nicht von allein. Sie ist das Ergebnis politischer Entscheidungen und gesellschaftlichen Drucks.“ so Tayfun Keltek.